

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Droßsch behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illust., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.-, für Selbstabholer 1.90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Beklebung. Telefon Sammelnummer 72206. **Verkaufsstelle:** Leipziger Buchhandlung H. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Taubacher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. - **Verlag in Leipzig,** Taubacher Straße 19/21 - Telephon 72.0

**Inseratenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonellzeile 35 Pf., bei Vorkauf 40 Pf. Stellenangebote 10 Spalte, Kolonellzeile 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Spalte, Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10. Spalte, Kolonellzeile 40 Pf. bei Vorkauf 50 Pf. Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementsbedingungen nehmen die Austräger, unsere Zweigabholer und alle Postämter entgegen

## Völlige Abrüstung

Zur Diskussion über das Wehrprogramm

Von Fritz Bieligl.

Das Ziel der S.A. ist die vollständige Abrüstung zu Land, zu Wasser und in der Luft, ohne Unterschied zwischen Siegern und besiegten Staaten. Diese Forderung kann nur verwirklicht werden durch die gemeinsamen und energischen Bestrebungen der organisierten Arbeiter, durch die unablässige Aufklärung der Arbeiter über die Ursachen und Gefahren der Rüstungen und durch den gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen die herrschenden Klassen.

Die Schwierigkeiten, die die Abrüstung bietet, können nur unter dem stärksten politischen Druck überwunden werden. Diesen Druck durch eine ständige und energische Aktion in den Massen und Parlamenten zu führen, ist die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterparteien.

(Abrüstungsresolution des Internationalen Sozialistkongresses 1928.)

Mit diesen einleitenden Sätzen der Abrüstungsresolution des Internationalen Sozialistkongresses von Brüssel wird den sozialistischen Parteien in allen Ländern der Kampf für die vollständige Abrüstung zur Pflicht gemacht. Damit ist zugleich auch die grundsätzliche Gegnerchaft zum Militarismus und zu allen militärischen Rüstungen zum Ausdruck gebracht. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bei der Schaffung ihres Wehrprogramms auf diesem Beschluß aufbauen muß. Aufbauen nicht in dem Sinne, daß sie etwa die völlige Abrüstung als ein fernes Ziel hinstellt, sich inzwischen mit dem bestehenden Militarismus abfindet, und ihm vielleicht sogar die Mittel für seine Rüstungen bewilligt, sondern aufbauen in dem Sinne, daß sie ihre grundsätzliche Gegnerchaft gegen den Militarismus und seinen Rüstungswahn durch die Ablehnung aller militärischen Forderungen zum Ausdruck bringt.

Die grundsätzliche Gegnerchaft der Sozialdemokratie gegen den Militarismus ist nicht etwas, das erst neu aufgefunden werden muß. Seit der Sozialismus das Proletariat in seinem Kampfe gegen die Herrschaft der Bourgeoisie führt, wissen die Arbeiter, daß eine der wichtigsten Verteidigungswaffen ihrer Klassegegner der Militarismus ist. Zwei Aufgaben hat er unter ihrer Herrschaft zu erfüllen. Gegen die revolutionäre Arbeiterchaft gebraucht sie ihn, um ihren Kampf aufzuhalten und sie sogar mit Gewalt niederzuschlagen, wenn wichtige Positionen der Bourgeoisieherrschaft durch das Vordringen der Arbeiter erschüttert scheinen. Das ist die „nationale“ Aufgabe. Und die, die ihm international zugewiesen ist, liegt zwar für viele etwas verhillert, aber sie ist nichtsdestoweniger ebenso einseitig gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet. Die Kriege, die in dem letzten halben Jahrhundert in den verschiedenen Weltteilen geführt worden sind, haben den Beweis geführt, daß der Militarismus die Waffe ist, mit der nicht nur Dynastien ihre Herrschaft aufrechterhalten wollen, sondern mit der auch die aufstrebende Kapitalistenklasse und besonders ihre imperialistische Schicht ihre Macht erweitert und befestigt, wenn ihr alle anderen Umstände für ihre Anwendung günstig erscheinen.

Noch leben wir nicht in der Zeit, in der diese Waffe für die Bourgeoisie unentbehrlich ist. Das Wachsen der Produktivkräfte vor allem in den kapitalistisch entwickelten Ländern, das Verlangen nach immer steigenden Profiten treibt die Bourgeoisie über den ganzen Erdball und über die Ozeane. Sie sucht stets nach Ländern, die ihr als Kapital- und Warenabnahmämärkte neue Profitmöglichkeiten bieten können. Auf dieser Jagd geraten die Imperialisten aneinander. Alle suchen über die von einem eigenen kräftigen Kapitalismus noch nicht erschlossenen Länder auch politisch zu herrschen, um sie desto vollständiger in ihre ökonomische Gewalt zu bekommen. In diesen Auseinandersetzungen ist ihnen in einer bestimmten Situation der Militarismus eine unentbehrliche Waffe. Sind auch Tendenzen vorhanden, die gegen ein Austragen der Gegensätze mit den Mitteln der Gewalt gerichtet zu sein scheinen, so bewirken die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche, daß diese Tendenzen zuletzt doch ausgeschaltet werden und zum Krieg als zum äußersten Mittel gegriffen wird, mit dem die immer gewaltigeren Krisen behoben werden sollen.

Darum in allen Ländern, in denen die imperialistische Schicht zur führenden der kapitalistischen Klasse geworden ist, das neue militärische Vertrauen. Deutschland macht hierin keine Ausnahme, wenn es sich auch wegen des Friedensvertrages auf diesem Gebiete nicht offen vor aller Welt bewegen darf. Um überall die Völker, ganz besonders die arbeitenden Massen, militärfreundlich zu stimmen, ihre Vertreter in den Parlamenten zum Bewilligen immer neuer Militär- und Rüstungsvorlagen zu bewegen, dazu wurde die Phrase erfunden, daß Militarismus und Rüstungen nötig seien, um die Sicherheit des Vaterlandes zu verteidigen. Aber beide sind nicht da für den Kampf für die Nation, sind nicht da zum Zwecke der „Landesverteidigung“, sondern der Militarismus wird in allen kapitalistischen Ländern gepflegt, um koloniale und halbkoloniale Länder in der ökonomischen und politischen Abhängigkeit zu erhalten und andere neu in diese Abhängigkeit zu zwingen. Wieder hat die Abrüstungs-

## Rechts wird regiert?

### Das neue Kabinett Poincaré

SWD Paris, 12. November. (Radio.)

Trotz aller Hartnäckigkeit ist es den Bemühungen Poincarés nicht gelungen, sein Kabinett der nationalen Eintracht auf die Beine zu stellen. Am Sonnabendabend haben sich schwere Differenzen in der radikalen sozialistischen Partei ergeben und am Sonntagvormittag haben die Radikalsozialisten beschlossen, keinem ihrer Mitglieder zu gestatten, im neuen Kabinett Poincaré einen Posten anzunehmen. Die offizielle Weigerung der Radikalen stütze sich darauf, daß Poincaré ihre Forderungen hinsichtlich der Mit-

### Zwei Männer, die wiederkehren



Briand

Tardieu

tärkredite und der Steuerreform nicht angenommen und daß er vor allem darauf bestanden hat, die Gruppe Marin weiterhin in seiner Mehrheit zu behalten. Die radikalsozialistischen Abgeordneten Sarraut, Luceille, Hesse, Lamoreux, die von Poincaré als Mitglieder seines neuen Kabinetts in Aussicht genommen waren, teilten ihm kurz nach Mittag die Entscheidung der radikalen Fraktion mit und erklärten, daß er auf keine weitere Mitarbeit mehr zählen könne. Poincaré erwiderte darauf, daß er nun sein Kabinett ohne die Radikalen bilden würde.

resolution des Internationalen Sozialistkongresses den richtigen Schluß aus dem gegenwärtigen Stadium der weltpolitischen Situation gezogen, wenn sie sagt: „So trägt in der kapitalistischen Epoche, jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus.“ Ist aber jeder Krieg, an dem kapitalistisch entwickelte Staaten beteiligt sind, für diese Staaten ein Krieg für imperialistische Interessen, so erwächst daraus für die sozialdemokratischen Parteien die Verpflichtung, jeden Krieg abzulehnen. Sie dürfen sich in keiner Stunde von den „Begründungen“ und Phrasen der herrschenden Klasse beeinflussen lassen, für die in der Vergangenheit jeder Krieg ein „Verteidigungskrieg“ war und wohl auch in Zukunft sein wird.

Ist es das Ziel der Sozialdemokratischen Partei, die Herrschaft der kapitalistischen Klasse zu stürzen, ist sie der schärfste Gegner jedes Krieges der kapitalistischen Staaten, so muß es ihre Aufgabe sein, auch den militärischen Gewaltapparat, eines der stärksten Verteidigungsmittel der Bourgeoisie, zu beseitigen. So ergibt sich für sie die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Militarismus, des Kampfes für die völlige Abrüstung im eigenen Lande. Sie kann in diesem Kampfe nicht nachlassen etwa deswegen, weil sie in dem einen Lande einflußreicher ist als in dem anderen. Ist der Kampf auch ein internationaler, so kann er doch nur mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn er national mit um so größerer Schärfe vorwärts getragen wird. Und gerade in den Ländern, in denen der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Gesetzgebung ein bestimmender geworden ist, muß sich dieser Einfluß in einem starken Druck auf die völlige Abrüstung geltend machen. Denn nur so erhält der Kampf für die Abrüstung auch in den übrigen Ländern einen erneuten Antrieb.

Was nach Herausarbeitung dieses grundsätzlichen Standpunktes zur Reichswehr und zu den Problemen, zu denen im Wehrprogramm der Sozialdemokratie Stellung genommen werden muß, zu sagen ist, wird in weiteren Artikeln zum Ausdruck gebracht werden.

Sonntag 11 Uhr abends ist dann folgende Ministerliste bekanntgegeben worden:

- Ministerpräsident: Poincaré.
- Außen: Briand.
- Finanzen: Chéron.
- Krieg: Painlevé.
- Marine: Legues.
- Inneres: Tardieu.
- Justiz: Barthou.
- Öffentliche Arbeiten: Forquet.
- Kolonien: Maginot.
- Unterricht: Marraud.
- Ackerbau: Hennessy.
- Pensionen: Antierou.
- Arbeit: Loucheur.
- Luftfahrt: Laurent Eynac.
- Sandel: Bonnesous.

Aus Paris wird dem Soz. Pressedienst zu der Kabinettsbildung geschrieben:

Das neue Kabinett Poincaré ist ein ausgesprochenes Rechtskabinett. Poincaré selbst erklärte zwar nach der Vorstellung seiner Minister im Elysee, er hoffe, daß sein Kabinett, das am Waffenstillstandstage gebildet worden sei, auch den Waffenstillstand zwischen den Parteien bringen werde. Aber wenn man die Zusammensetzung des Kabinetts näher ansieht, muß man sagen, daß die Rechte darin viel stärker vertreten ist, als in dem früheren Kabinett der nationalen Union. Die vier radikalen Minister sind ersetzt worden durch den verwahrenen Radikalen Marraud, den Berner Gesandten Hermès, der seinerzeit vom Linksblock auf seinem Schweizer Posten kaltegestellt worden war, den früheren Pensionärminister Antierou, der sich noch bei den letzten Kammerwahlen in der Opposition gegen Poincaré hatte wiederwählen lassen, und durch die unbekannte Größe Forquet ersetzt wurde. Dafür ist die Rechte allein schon zahlenmäßig doppelt so stark geworden. Für den Pensionärminister Marin ist der Vizepräsident der Marinegruppe Bonnesou, in das Kabinett eingetreten. Der elsässische Unterstaatssekretär Oberkirch ist geblieben. Weiter ist der Kriegsminister des Bloc national, Maginot, einer der wüsten Feinde des Linksblocks, sowie der Pariser Abgeordnete Poncelet, einer der rühmlichsten und zukunftsreichsten Parlamentarier, ebenfalls in die neue Regierung eingetreten. Die Rechtsvertretung ist also nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ viel stärker als die Linksvertretung.

Die heutige Morgenpresse läßt sich absolut nicht über die Tatsache hinweg, daß das neue Kabinett Poincaré einen deutlichen Rechtsruck bringt.

## Gerhart nach Moskau abgereist

Wo ist Paul Böttcher?

Es ist bereits mehrfach berichtet worden, daß an die Verhändler der Ruf ergangen ist, zur „Einjagung“ nach Moskau zu eilen. Bisher ist das von der kommunistischen Presse abgelehnt worden. Wie uns nunmehr aber berichtet wird, ist einer der Führer der Verhändlergruppe, Gerhart, am Freitag nach Moskau abgereist. Gleichzeitig wird uns mitgeteilt, daß die Säuberungsaktion Leddy Thälmanns ihren Fortgang nimmt. Er räumt weiter in der roten Fahne auf. Jedenfalls beginnt damit der Endkampf zwischen den Verhählern und den Stalinleuten. Bisher wurden in der Hauptsache nur „Liquidatoren“ vom Schlage Böttchers kalt gestellt, nunmehr müssen auch die Verhändler daran glauben.

Im übrigen ist Paul Böttcher anscheinend auf kaltem Wege erledigt worden. Bis in die letzte Woche hinein zeichnete er als Verantwortlicher für die Politik der S.A. Seit Dienstag, den 6. November, aber wird Herr Globig als Verantwortlicher angeführt. Globig ist ein treuer Kämpfer der Thälmannleute. Es ist daher anzunehmen, daß Pauls letzte Stunde geschlagen hat. Vielleicht hat er Bewährungsfrist.

## „Freie Diskussion“ in der SPD

SWD Berlin, 10. November

Während die deutsche Arbeiterchaft unter Führung der Sozialdemokratie in einem gigantischen Entscheidungskampf steht, wissen die Kommunisten nichts anderes zu tun, als sich gegenseitig zu ohrfetzen. Der linkskommunistische Volkswille berichtet über folgende vertrauliche Vorkommnisse in der SPD in Berlin:

Jellensprung in der Zelle „AG-Turbine“ in Moabit am Dienstag, dem 6. November. Referent Heinz Neumann. In der Zelle ist auch Jakob Walcher organisiert. Als Heinz Würtchen-Neumann, der „tapfere“ China-Kämpfer, sieht, daß er die Mehrheit der Zelle hinter sich hat, wird er, wie immer in solchen Fällen, frech und provokatorisch. Aber der gute Walcher, der zwar ein Richter, aber ein anständiger Kerl ist, weiß, was sich für ein solches Subjekt als „Beauftragter der Exekutive“ geziemt und haut dem Neumann eine gewaltige Maulschelle herunter. Darauf „freie Diskussion“. Jeder gegen jeden und immer feste druff. Zwar „legte“ schließlich auch das Etki, aber Neumann mit seinem typischen Ohrliegenacht hatte seinen Denktettel weg. Mag er in der „Korruptionsjahne“ hinterher schimpfen.